

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/204644]

17. SEPTEMBER 2020 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 § 1 Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 2 § 1 Nummer 3, Artikel 2 § 2 und Artikel 2 § 5, eingefügt durch Dekret vom 25. Juni 2007;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 2. Juli 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 3. Juli 2020;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 67.868/2/V des Staatsrates, das am 2. September 2020 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrats vom 26. August 2020;

In Erwägung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 26. November 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 8 wird wie folgt ersetzt:

„8. kleine und mittlere Unternehmen (KMU): die Kleinstunternehmen sowie die kleinen und mittleren Unternehmen definiert gemäß Anhang I der Verordnung;“

2. Nummer 9 wird wie folgt ersetzt:

„9. Großunternehmen: Unternehmen, auf die die in Anhang I der Verordnung aufgeführte Definition nicht zutrifft;“

3. Nummer 10 wird wie folgt ersetzt:

„10. Arbeitnehmer: Personal, das im Rahmen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge beschäftigt wird;“

4. folgende Nummer 12 wird eingefügt:

„12. Verordnung: die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.“

Art. 2 - In Artikel 2 Absatz 1 desselben Erlasses wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Artikels 2, Buchstabe d) und e), der EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001“ durch die Wortfolge „Kapitels I und des Artikels 31 der Verordnung“ ersetzt.

Art. 3 - In Artikel 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge „EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 in Bezug auf die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen“ durch das Wort „Verordnung“ ersetzt.

Art. 4 - In Artikel 4 desselben Erlasses wird folgender § 3 eingefügt:

„ § 3 - Es werden nur Ausbildungsbeihilfen zu Gunsten von Unternehmen gewährt, die zum Zeitpunkt der Einreichung des in Artikel 14 erwähnten Antrages ihre Verpflichtungen gegenüber dem Föderalen Öffentlichen Dienst Finanzen und dem Landesamt für soziale Sicherheit gemäß Artikel 14 § 2 Nummer 2 erfüllen.“

Art. 5 - Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 26. November 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 Nummer 1 wird der Betrag „neun Euro“ durch den Betrag „10,70 Euro“ ersetzt;

2. in § 1 Nummer 2 wird der Betrag „sechs Euro“ durch den Betrag „7,10 Euro“ ersetzt;

3. § 2 wird aufgehoben.

4. § 3 wird wie folgt ersetzt:

„ § 3 - Die Ausbildungsbeihilfe ist ab dem Datum des Beginns der Ausbildungen begrenzt auf:

1. 17.900 Euro pro kleines und mittleres Unternehmen (KMU) pro Jahr;

2. 23.800 Euro pro Großunternehmen pro Jahr.“

5. in § 4 wird die Wortfolge „gemäß Artikel 10 abgeschlossener Konvention“ durch die Wortfolge „gemäß Artikel 14 eingereichtem Antrag“ ersetzt;

6. folgender § 5 wird eingefügt:

„ § 5 - Der Minister kann die in den § 1 und 3 erwähnten Beträge zum 1. Januar eines jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel anpassen, indem der Indexstand des Monats März des vorhergehenden Kalenderjahres durch den Indexstand des Monats März des vorletzten Kalenderjahres geteilt wird und mit den zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Beträgen multipliziert wird.

Die in § 1 erwähnten und gemäß Absatz 1 indexierten Beträge werden auf ein Vielfaches von 0,10 Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob die zweite Dezimalstelle 0,05 erreicht oder nicht.

Die in § 3 erwähnten und gemäß Absatz 1 indexierten Beträge werden auf ein Vielfaches von 100 Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob die letzten beiden Ziffern 50 erreichen oder nicht.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex, wie er durch Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Landes eingeführt wurde."

Art. 6 - Artikel 7 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Als zulässige Kosten, die durch die Ausbildungsbeihilfe zu Ausbildungsmaßnahmen abgedeckt werden können, gelten ausschließlich die in Artikel 31 Nummern 3 und 4 der Verordnung vorgesehenen Kosten."

Art. 7 - Artikel 10 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 10 - Der Ausbildungszeitraum beträgt höchstens 18 Monate. Er beginnt frühestens am Tag des Versandes der Empfangsbestätigung des Arbeitsamtes gemäß Artikel 14 § 1 Absatz 3 oder gemäß Artikel 14 § 1 Absatz 4."

Art. 8 - Artikel 11 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Artikel 11 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. zur Führung eines Ausbildungsregisters, in dem die Anwesenheiten der zu schulenden Arbeitnehmer sowie die Dauer der jeweiligen Ausbildungen vermerkt werden. Die Anwesenheiten werden durch die zu schulenden Arbeitnehmer unterzeichnet. Elektronische Systeme zur Erfassung der individuellen Ausbildungszeiten werden dem Ausbildungsregister gleichgestellt. Das Arbeitsamt kann die Teilnehmer nach Beendigung der Maßnahme zur Durchführung der Maßnahme befragen. Anhand eines vom Arbeitsamt vorgeschlagenen Modells bescheinigt das Unternehmen dem Arbeitsamt die Teilnahme an der Weiterbildungsmaßnahme laut den in der Genehmigung festgehaltenen Modulen;"

2. in Nummer 2 wird die Wortfolge "zwischen Arbeitsamt und dem Unternehmen abgeschlossenen Konvention" durch das Wort "Genehmigung" ersetzt.

Art. 9 - Artikel 12 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. die §§ 1-3 werden aufgehoben;

2. § 4 wird wie folgt ersetzt:

"§ 4 - Bei Verlagerung des Betriebssitzes außerhalb des deutschen Sprachgebietes während des Ausbildungszeitraumes gemäß Artikel 10 werden die bezuschussten Ausbildungsstunden proportional zu den Ansiedlungszeiten an den jeweiligen Standorten berechnet.";

3. § 5 wird aufgehoben.

Art. 10 - Artikel 14 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Das Unternehmen reicht seinen Antrag vor Beginn der Ausbildungen auf elektronischem Weg oder in Papierform beim Arbeitsamt ein.

Das Arbeitsamt überprüft, ob dieser vollständig ist.

Ist der Antrag vollständig, setzt das Arbeitsamt das Unternehmen innerhalb einer Frist von 5 Tagen nach Eingang des Antrags schriftlich darüber in Kenntnis und fügt diesem Schreiben ebenfalls die durch das Arbeitsamt erstellten Modelle des Ausbildungsregisters sowie der Teilnahmebescheinigung bei.

Wenn das Unternehmen nicht alle gemäß § 2 erforderlichen Dokumente einreicht, teilt das Arbeitsamt ihm innerhalb einer Frist von 5 Tagen nach Eingang des Antrags schriftlich mit, welche Dokumente es binnen einer Frist von 10 Tagen nach Versand des Schreibens, mit dem diese Dokumente angefordert werden, vorlegen muss. Das Arbeitsamt bestätigt innerhalb von 5 Tagen den Empfang der nachgereichten Elemente. Ist der Antrag vollständig, fügt das Arbeitsamt dem Schreiben die in Absatz 3 erwähnten Dokumente bei.

Wenn die zusätzlichen Dokumente oder Informationen nicht binnen der in Absatz 4 erwähnten und ggf. gemäß Absatz 6 verlängerten Frist übermittelt werden, erklärt das Arbeitsamt den Antrag für unzulässig.

In Abweichung von den Absätzen 3 und 4 werden die dort erwähnten Fristen bei Anträgen, die zwischen dem 15. Juni und dem 31. August beim Arbeitsamt eingehen, verdoppelt."

2. § 2 wird wie folgt abgeändert:

a) der einleitende Satz wird wie folgt ersetzt:

"Der Minister stellt auf Vorschlag des Arbeitsamtes ein Antragsformular zur Verfügung, das mindestens folgende Elemente umfasst: ";

b) in Nummer 1 Buchstabe d) wird die Wortfolge "sowie eine Schätzung der Umsatzzahlen des laufenden Jahres" gestrichen;

c) Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. eine ehrenwörtliche Erklärung, aus der hervorgeht, dass das Unternehmen seine Verpflichtungen gegenüber dem Föderalen Öffentlichen Dienst Finanzen und dem Landesamt für soziale Sicherheit erfüllt;"

d) die Nummern 4 und 5 werden wie folgt ersetzt:

"4. bei externen Ausbildungen: die Begründung zur Durchführung der Ausbildungsmaßnahme, die Angaben zu den Ausbildungsträgern und die Begründung der Wahl der Ausbildungsträger;

5. bei internen Ausbildungen:

a) die Begründung zur Durchführung der Ausbildungsmaßnahme sowie der Wahl der Ausbilder;

b) der Name des Ausbilders, seine Qualifikation und gegebenenfalls seine informell erworbenen Kompetenzen;"

e) folgende Nummer 7 wird eingefügt:

"7. den Ausbildungszeitraum gemäß Artikel 10."

3. § 3 wird aufgehoben.

Art. 11 - Artikel 15 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 15 - Innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags beschließt das Arbeitsamt, ob es eine Ausbildungsbeihilfe genehmigt oder nicht. Bei positivem Beschluss bittet das Arbeitsamt den Minister um seine Billigung der Genehmigung der Ausbildungsbeihilfe. Das Arbeitsamt fügt dem Gesuch an den Minister den Beschluss über die Genehmigung bei.

Der Minister übermittelt dem Arbeitsamt seine Entscheidung innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Billigungsgesuchs. Das Arbeitsamt übermittelt dem Unternehmen den Beschluss nach Erhalt der Billigung des Ministers.

Wenn das Arbeitsamt die Genehmigung verweigert, übermittelt das Arbeitsamt dem Unternehmen diesen Beschluss.

In dem in Absatz 3 erwähnten Fall kann das Unternehmen beim Minister Beschwerde einreichen. Das Unternehmen übermittelt dem Minister die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von einem Monat nach Erhalt der Verweigerung. Der Minister informiert das Arbeitsamt über den Eingang der Beschwerde. Das Arbeitsamt übermittelt dem Minister innerhalb von einem Monat nach Erhalt der Beschwerde eine schriftliche Stellungnahme. Der Minister entscheidet innerhalb von einem Monat nach Erhalt der schriftlichen Stellungnahme des Arbeitsamtes über die Erteilung der Genehmigung."

Art. 12 - Artikel 16 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 1 wird die Wortfolge "Unterzeichnung der Konvention" durch die Wortfolge "Übermittlung des positiven Beschlusses an das Unternehmen gemäß Artikel 15 Absatz 2 oder der positiven Entscheidung des Ministers gemäß Artikel 15 Absatz 4" ersetzt;

2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. der Restbetrag wird nach Ablauf der Maßnahme und Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses ausbezahlt. Zu diesem Zweck lässt das Unternehmen dem Arbeitsamt innerhalb von einem Monat nach Ende der Ausbildung die Belege und die Forderungsanmeldung zukommen. Die abschließende Kontrolle durch das Arbeitsamt erfolgt innerhalb von einem Monat nach Erhalt der Forderungsanmeldung."

Art. 13 - Die Artikel 18, 20 und 21 desselben Erlasses werden aufgehoben.

Art. 14 - Artikel 22 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 22 - Die durch vorliegenden Erlass festgelegten Fristen sind volle Arbeitstage. Die Frist beginnt am Tag nach der Handlung. Der Tag, an dem eine Frist abläuft, wird in die Frist mit eingerechnet. Fällt dieser Tag auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag, wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt. Eine Kalenderwoche hat fünf Arbeitstage."

Art. 15 - In denselben Erlass wird folgender Artikel 22.1 eingefügt:

"Art. 22.1 - Anträge, die vor dem 1. Oktober 2020 beim Arbeitsamt eingereicht wurden, unterliegen in Bezug auf die Höhe der betreffenden Ausbildungsbeihilfe der Anwendung des Artikels 6 § 1 und 3 in seiner Fassung vom 30. September 2020."

Art. 16 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Oktober 2020 in Kraft.

Art. 17 - Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 17. September 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/204644]

17 SEPTEMBRE 2020. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 2, § 1^{er}, 2^o, remplacé par le décret du 25 avril 2016, l'article 2, § 1^{er}, 3^o, l'article 2, § 2, et l'article 2, § 5, inséré par le décret du 25 juin 2007;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 2 juillet 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 3 juillet 2020;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 67.868/2/V, donné le 2 septembre 2020, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis du Conseil économique et social, donné le 26 août 2020;

Considérant le règlement (UE) n° 651/2014 de la Commission du 17 juin 2014 déclarant certaines catégories d'aides compatibles avec le marché intérieur en application des articles 107 et 108 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 26 novembre 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 8° est remplacé par ce qui suit :

« 8° petites et moyennes entreprises (PME) : les microentreprises ainsi que les petites et moyennes entreprises définies selon l'annexe I^{re} du règlement; »

2° le 9° est remplacé par ce qui suit :

« 9° grandes entreprises : les entreprises ne répondant pas à la définition figurant à l'annexe I^{re} du règlement; »

3° le 10° est remplacé par ce qui suit :

« 10° travailleurs : le personnel qui est occupé dans le cadre de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail; »

4° l'article est complété par un 12° rédigé comme suit :

« 12° règlement : le Règlement (UE) n° 651/2014 de la Commission du 17 juin 2014 déclarant certaines catégories d'aides compatibles avec le marché intérieur en application des articles 107 et 108 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. »

Art. 2. Dans la phrase introductive de l'article 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots « de l'article 2, d) et e), du Règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 » sont remplacés par les mots « du chapitre I^{er} et de l'article 31 du règlement ».

Art. 3. Dans l'article 3 du même arrêté, les mots « Règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 concernant l'application des articles 87 et 88 du traité CE aux aides à la formation » sont remplacés par le mot « règlement ».

Art. 4. L'article 4 du même arrêté est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Les aides à la formation sont octroyées uniquement aux entreprises qui, au moment de l'introduction de la demande mentionnée à l'article 14, remplissent leurs obligations envers le Service public fédéral Finances et l'Office national de Sécurité sociale, conformément à l'article 14, § 2, 2°. »

Art. 5. À l'article 6 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 26 novembre 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, 1°, le montant « neuf euros » est remplacé par le montant « 10,70 euros »;

2° dans le § 1^{er}, 2°, le montant « six euros » est remplacé par le montant « 7,10 euros »;

3° le § 2 est abrogé;

4° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Dès le début des formations, l'aide à la formation est limitée à :

1° 17 900 euros par an pour une petite et moyenne entreprise (PME);

2° 23 800 euros par an pour une grande entreprise. »;

5° dans le § 4, les mots « par convention conclue conformément à l'article 10 » sont remplacés par les mots « par demande introduite conformément à l'article 14 »;

6° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Au 1^{er} janvier de chaque année, le Ministre peut adapter les montants dans la limite des crédits budgétaires disponibles, en divisant l'indice du mois de mars de l'année calendrier précédente par l'indice du mois de mars de l'avant-dernière année calendrier et en le multipliant par les montants valables au moment de l'indexation.

Les montants mentionnés au § 1^{er} et indexés conformément à l'alinéa 1^{er} sont arrondis au multiple de 0,10 supérieur ou inférieur, selon que la deuxième décimale atteint ou non 0,05.

Les montants mentionnés au § 3 et indexés conformément à l'alinéa 1^{er} sont arrondis au multiple de 100 supérieur ou inférieur, selon que les deux derniers chiffres atteignent ou non 50.

L'indice-santé tel qu'établi par l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays sert de base pour comparer les indices.

Art. 6. Dans l'article 7, § 1^{er}, du même arrêté, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Les coûts admissibles pouvant être couverts par l'aide à la formation pour des mesures de formation sont exclusivement ceux prévus à l'article 31, 3° et 4°, du règlement. »

Art. 7. L'article 10 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 10 - La formation dure au plus dix-huit mois. Elle commence au plus tôt le jour de l'envoi de l'accusé de réception adressé par l'Office de l'emploi conformément à l'article 14, § 1^{er}, alinéa 3, ou à l'article 14, § 1^{er}, alinéa 4.

Art. 8. À l'article 11 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° à tenir un registre de formation reprenant les présences des travailleurs en formation et la durée de leurs formations respectives. Les présences sont signées par les travailleurs en formation. Les systèmes électroniques destinés à saisir les temps de formation personnels sont assimilés au registre des formations. Au terme de la formation, l'Office de l'emploi peut interroger les participants sur le déroulement de la formation. En utilisant un formulaire proposé par l'Office de l'emploi, l'entreprise lui confirme la participation à la mesure de formation continue selon les modules fixés dans l'autorisation; »

2° dans le 2°, les mots « à la convention conclue entre l'Office et l'entreprise » sont remplacés par les mots « à l'autorisation ».

Art. 9. À l'article 12 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° les § § 1^{er} à 3 sont abrogés;

2° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - En cas de transfert du siège d'exploitation en dehors de la région de langue allemande au cours de la période de formation au sens de l'article 10, les heures de formation subventionnées sont calculées proportionnellement au temps passé dans les différents lieux. »;

3° le § 5 est abrogé.

Art. 10. A l'article 14 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - L'entreprise introduit sa demande auprès de l'Office de l'emploi avant le début des formations, par voie électronique ou sur papier.

L'Office de l'emploi vérifie si ladite demande est complète.

Si la demande est complète, l'Office de l'emploi en informe l'entreprise par écrit dans les cinq jours suivant la réception de ladite demande et joint également à cette lettre des modèles du registre de formation établis par lui ainsi que du certificat de fréquentation.

Si l'entreprise n'introduit pas tous les documents nécessaires conformément au § 2, l'Office de l'emploi l'en informe par écrit dans les cinq jours suivant la réception de la demande et précise les documents requis à fournir dans un délai de dix jours à compter de l'envoi de la lettre exigeant lesdits documents. L'Office de l'emploi accuse réception des éléments complémentaires dans les cinq jours à dater de leur réception. Si la demande est complète, l'Office de l'emploi joint à la lettre les documents mentionnés à l'alinéa 3.

Si les informations ou documents complémentaires ne sont pas transmis dans le délai mentionné à l'alinéa 4 ou, le cas échéant, dans le délai prolongé conformément à l'alinéa 6, l'Office de l'emploi déclare la demande irrecevable.

Par dérogation aux alinéas 3 et 4, les délais y mentionnés sont doublés pour les demandes réceptionnées par l'Office de l'emploi entre le 15 juin et le 31 août. »

2° au § 2, les modifications suivantes sont apportées :

a) la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Sur la proposition de l'Office de l'emploi, le Ministre met un formulaire de demande à disposition, qui reprend au moins les éléments suivants : »;

b) dans le 1°, d), les mots « , ainsi qu'une estimation du chiffre d'affaires pour l'année en cours » sont abrogés;

c) le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° une déclaration sur l'honneur dont il ressort que l'entreprise remplit ses obligations vis-à-vis du Service public fédéral Finances et de l'Office national de Sécurité sociale; »

d) les 4° et 5° sont remplacés par ce qui suit :

« 4° pour les formations externes : les raisons expliquant la mise en œuvre de la mesure de formation, les données relatives aux opérateurs de formation et la raison pour laquelle ils ont été choisis;

5° pour les formations internes :

a) les raisons expliquant la mise en œuvre de la mesure de formation ainsi que le choix des formateurs;

b) le nom du formateur, ses qualifications et, le cas échéant, ses compétences acquises de manière informelle; »

e) le paragraphe est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° la durée de la formation conformément à l'article 10. »;

3° le § 3 est abrogé.

Art. 11. A l'article 15 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 15 - Dans les trente jours de la réception de la demande complète, l'Office de l'emploi décidera d'autoriser ou non une aide à la formation. Dans l'affirmative, l'Office de l'emploi sollicite l'approbation de l'autorisation par le Ministre. L'Office de l'emploi joint la décision relative à l'autorisation à la demande adressée au Ministre.

Le Ministre communique sa décision à l'Office de l'emploi dans les quinze jours suivant l'introduction de la demande d'approbation. L'Office de l'emploi transmet la décision à l'entreprise dès réception de l'approbation du Ministre.

Si l'Office de l'emploi refuse l'autorisation, il transmet sa décision à l'entreprise.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 3, l'entreprise peut introduire un recours auprès du Ministre. L'entreprise communique au Ministre le recours motivé, accompagné de tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception, dans le mois suivant la réception du refus. Le Ministre informe l'Office de l'emploi de la réception du recours. Dans le mois suivant la réception dudit recours, l'Office de l'emploi transmet au Ministre sa prise de position écrite. Dans le mois suivant cette transmission, le Ministre statue sur l'octroi de l'autorisation. »

Art. 12. À l'article 16 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, les mots « après signature de la convention » sont remplacés par les mots « après transmission de la décision positive à l'entreprise conformément à l'article 15, alinéa 2, ou de celle du Ministre conformément à l'article 15, alinéa 4 »;

2° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° le solde est liquidé au terme de la mesure de formation et après vérification du respect des dispositions du présent arrêté. À cette fin, l'entreprise fait parvenir à l'Office de l'emploi, dans un délai d'un mois suivant le terme de la formation, les justificatifs et la déclaration de créance. Le contrôle final par l'Office de l'emploi est effectué dans un délai d'un mois à compter de la réception de la déclaration de créance.

Art. 13. Les articles 18, 20 et 21 du même arrêté sont abrogés.

Art. 14. Dans l'article 22 du même arrêté, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Art. 22 - Les délais fixés dans le présent arrêté sont exprimés en jours francs. Le délai court à partir du lendemain du jour de l'acte. Le jour de l'échéance est compris dans le délai. Si ce jour coïncide avec un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est reporté au jour ouvrable suivant. Une semaine calendrier compte cinq jours ouvrables. »

Art. 15. Dans le même arrêté, il est inséré un article 22.1 rédigé comme suit :

« Art. 22.1 - Les demandes introduites avant le 1^{er} octobre 2020 auprès de l'Office de l'emploi sont soumises, en ce qui concerne le montant de l'aide à la formation concernée, à l'application de l'article 6, § 1^{er} et 3, dans leur version en vigueur au 30 septembre 2020. »

Art. 16. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} octobre 2020.

Art. 17. Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 17 septembre 2020

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/204644]

17 SEPTEMBER 2020. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 13 februari 2008 betreffende de opleidingssteun voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, artikel 2, § 1, 2°, vervangen bij het decreet van 25 april 2016, artikel 2, § 1, 3°, artikel 2, § 2, en artikel 2, § 5, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007;

Gelet op het besluit van de Regering van 13 februari 2008 betreffende de opleidingssteun voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 2 juli 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 3 juli 2020;

Gelet op advies 67.868/2/V van de Raad van State, gegeven op 2 september 2020, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad, gegeven op 26 augustus 2020;

Overwegende de verordening (EU) nr. 651/2014 van de Commissie van 17 juni 2014 waarbij bepaalde categorieën steun op grond van de artikelen 107 en 108 van het Verdrag met de interne markt verenigbaar worden verklaard;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van de Regering van 13 februari 2008 betreffende de opleidingssteun voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 26 november 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 8° wordt vervangen als volgt:

“8° kleine en middelgrote ondernemingen (KMO): de micro-ondernemingen, alsook de kleine en middelgrote ondernemingen gedefinieerd in bijlage I van de verordening;”

2° de bepaling onder 9° wordt vervangen als volgt:

"9° grote ondernemingen: ondernemingen die niet onder de definitie vermeld in bijlage I van de verordening vallen;"

3° de bepaling onder 10° wordt vervangen als volgt:

"10° werknemers: personeel dat tewerkgesteld wordt in het kader van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten;"

4° er wordt een bepaling onder 12° ingevoegd, luidende:

"12° verordening: de verordening (EU) nr. 651/2014 van de Commissie van 17 juni 2014 waarbij bepaalde categorieën steun op grond van de artikelen 107 en 108 van het Verdrag met de interne markt verenigbaar worden verklaard."

Art. 2. In artikel 2, eerste lid, van hetzelfde besluit worden in de inleidende zin de woorden "artikel 2, d) en e), van de verordening (EG) Nr. 68/2001 van de commissie van 12 januari 2001" vervangen door de woorden "hoofdstuk I en artikel 31 van de verordening".

Art. 3. In artikel 3 van hetzelfde besluit worden de woorden "Verordening (EG) Nr. 68/2001 van de commissie van 12 januari 2001 betreffende de toepassing van de artikelen 87 en 88 van het EG-Verdrag op opleidingssteun," vervangen door het woord "verordening".

Art. 4. Artikel 4 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een § 3, luidende:

"§ 3 - Er wordt alleen opleidingssteun toegekend aan ondernemingen die, op het ogenblik van indiening van de aanvraag vermeld in artikel 14, hun verplichtingen ten aanzien van de Federale Overheidsdienst Financiën en ten aanzien van de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid nakomen overeenkomstig artikel 14, § 2, 2°."

Art. 5. In artikel 6 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 26 november 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 1°, wordt het bedrag "negen euro" vervangen door het bedrag "10,70 euro";

2° in § 1, 2°, wordt het bedrag "zes euro" vervangen door het bedrag "7,10 euro";

3° § 2 wordt opgeheven;

4° § 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - Vanaf de begindatum van de opleidingen is de opleidingssteun beperkt tot:

1° 17.900 euro per kleine en middelgrote onderneming (KMO) per jaar;

2° 23.800 euro per grote onderneming per jaar."

5° in § 4 worden de woorden "conventie afgesloten overeenkomstig artikel 10" vervangen door de woorden "overeenkomstig artikel 14 ingediende aanvraag";

6° het artikel wordt aangevuld met een § 5, luidende:

"§ 5 - De Minister kan de bedragen vermeld in de §§ 1 en 3, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, per 1 januari van elk jaar aanpassen door het indexcijfer van de maand maart van het vorige kalenderjaar te delen door het indexcijfer van de maand maart van het voorlaatste kalenderjaar en te vermenigvuldigen met de op het tijdstip van de indexering geldende bedragen.

De in § 1 vermelde en overeenkomstig het eerste lid geïndexeerde bedragen worden tot een veelvoud van 0,10 euro afgerond en dit naar boven of naar beneden, naargelang de tweede decimaal al dan niet 0,05 bereikt.

De in § 3 vermelde en overeenkomstig het eerste lid geïndexeerde bedragen worden afgerond tot een veelvoud van 100 euro en dit naar boven of naar beneden, naargelang de twee laatste cijfers al dan niet 50 bereiken.

Als basis voor de vergelijking van de indexcijfers dient de gezondheidsindex ingevoerd bij het koninklijk besluit van 24 december 1993 ter uitvoering van de wet van 6 januari 1989 tot vrijwaring van 's lands concurrentievermogen."

Art. 6. Artikel 7, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Als in aanmerking komende kosten die gedekt kunnen worden door de opleidingssteun voor opleidingsmaatregelen gelden alleen de kosten bepaald in artikel 31, lid 3 en lid 4, van de verordening."

Art. 7. Artikel 10 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 10 - De opleiding loopt over een periode van hoogstens 18 maanden. Die periode begint ten vroegste de dag waarop de Dienst voor arbeidsbemiddeling zijn ontvangstbewijs heeft verzonden overeenkomstig artikel 14, § 1, derde lid, of overeenkomstig artikel 14, § 1, vierde lid."

Art. 8. In artikel 11 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in artikel 11 wordt de bepaling onder 1° vervangen als volgt:

"1° een opleidingsregister te houden met de aanwezigheden van de op te leiden werknemers en de duur van hun respectieve opleidingen. De aanwezigheden worden ondertekend door de op te leiden werknemers. Elektronische systemen om de opleidingstijden van iedereen afzonderlijk te berekenen worden gelijkgesteld met het opleidingsregister. Op het einde van de opleiding kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de deelnemers vragen stellen over het verloop van de opleiding. Aan de hand van een door de Dienst voor arbeidsbemiddeling opgesteld model bevestigt de onderneming hem de deelneming aan de voortgezette opleiding volgens de modules vastgelegd in de toekenning;"

2° in de bepaling onder 2° worden de woorden "de tussen de Dienst voor arbeidsbemiddeling en de onderneming gesloten conventie" vervangen door het woord "toekenning".

Art. 9. In artikel 12 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de §§ 1 tot 3 worden opgeheven;

2° § 4 wordt vervangen als volgt:

“§ 4 - Als de bedrijfszetel in de loop van de in artikel 10 bepaalde opleidingsperiode buiten het Duitse taalgebied wordt verplaatst, worden de gesubsidieerde opleidingsuren berekend in verhouding tot de duur dat ze op de betrokken vestigingsplaatsen gevestigd was.”

3° § 5 wordt opgeheven.

Art. 10. In artikel 14 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1 wordt vervangen als volgt:

“§ 1 - Voordat de opleidingen beginnen, dient de onderneming haar aanvraag elektronisch of in papieren vorm in bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling controleert of die volledig is.

Als de aanvraag volledig is, deelt de Dienst voor arbeidsbemiddeling dit binnen vijf dagen na ontvangst van de aanvraag mee aan de onderneming; bij dit schrijven voegt de Dienst voor arbeidsbemiddeling zijn model voor het opleidingsregister en zijn model voor het deelnemingsattest.

Als de onderneming niet alle, overeenkomstig § 2 noodzakelijke documenten indient, deelt de Dienst voor arbeidsbemiddeling haar binnen een termijn van vijf dagen na ontvangst van de aanvraag schriftelijk mee welke documenten zij moet indienen binnen een termijn van tien dagen na toezending van het schrijven waarbij die documenten worden aangevraagd. De Dienst voor arbeidsbemiddeling bevestigt binnen vijf dagen dat hij die later ingediende elementen heeft ontvangen. Als de aanvraag volledig is, voegt de Dienst voor arbeidsbemiddeling de documenten vermeld in het derde lid bij het schrijven.

Als de aanvullende documenten of inlichtingen niet bezorgd worden binnen de termijn vermeld in het vierde lid of, in voorkomend geval, binnen de overeenkomstig het zesde lid verlengde termijn, verklaart De Dienst voor arbeidsbemiddeling de aanvraag niet-ontvankelijk.

In afwijking van het derde en het vierde lid worden de daarin vermelde termijnen verdubbeld als het gaat om aanvragen die tussen 15 juni en 31 augustus bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingekomen zijn.”

2° in § 2 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

a) de inleidende zin wordt vervangen als volgt:

“Op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling stelt de Minister een aanvraagformulier ter beschikking dat minstens de volgende elementen omvat:”;

b) in de bepaling onder 1°, d), worden de woorden “, alsmede een schatting van het omzetcijfer voor het lopende jaar” opgeheven;

c) de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

“2° een verklaring op erewoord dat de onderneming haar verplichtingen ten aanzien van de Federale Overheidsdienst Financiën en ten aanzien van de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid nakomt;”

d) de bepalingen onder 4° en 5° worden vervangen als volgt:

“4° bij externe opleidingen: de reden waarom de opleiding georganiseerd wordt, de gegevens m.b.t. de opleidingsoperateurs en de reden waarom ze werden gekozen;

5° bij interne opleidingen:

a) de reden waarom de opleiding georganiseerd wordt en de reden waarom de opleiders werden gekozen;

b) de naam van de opleider, zijn kwalificatie en, in voorkomend geval, zijn informeel verworven competenties;”

e) er wordt een bepaling onder 7° ingevoegd, luidende:

“7° de opleidingsperiode bedoeld in artikel 10.”

3° § 3 wordt opgeheven.

Art. 11. Artikel 15 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

“Art. 15 - Binnen dertig dagen na ontvangst van de volledige aanvraag beslist de Dienst voor arbeidsbemiddeling of hij al dan niet een opleidingssteun toekent. Als de Dienst voor arbeidsbemiddeling beslist om de opleidingssteun toe te kennen, richt hij een verzoek om goedkeuring van de toekenning van de opleidingssteun aan de Minister. Bij dat verzoek aan de Minister voegt de Dienst voor arbeidsbemiddeling de beslissing over de toekenning.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van het verzoek om goedkeuring bezorgt de Minister zijn beslissing aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling. De Dienst voor arbeidsbemiddeling bezorgt de beslissing na ontvangst van de goedkeuring van de Minister aan de onderneming.

Als de Dienst voor arbeidsbemiddeling de toekenning weigert, bezorgt de Dienst voor arbeidsbemiddeling die beslissing aan de onderneming.

In het geval vermeld in het derde lid kan de onderneming een klacht indienen bij de Minister. De onderneming zendt de met redenen omklede klacht met alle relevante stukken aan de Minister; dit geschiedt aangetekend of tegen ontvangstbewijs binnen een maand na ontvangst van de weigering. De Minister deelt de Dienst voor arbeidsbemiddeling mee dat klacht werd ingediend. Binnen een maand na ontvangst van de klacht zendt de Dienst voor arbeidsbemiddeling een schriftelijke stellingname toe aan de Minister. Binnen een maand na ontvangst van de schriftelijke stellingname van de Dienst voor arbeidsbemiddeling beslist de Minister over de toekenning.”

Art. 12. In artikel 16 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

in de bepaling onder 1° worden de woorden "na ondertekening van de conventie gestort" vervangen door de woorden "gestort na overzending van de positieve beslissing aan de onderneming overeenkomstig artikel 15, tweede lid, of na overzending van de positieve beslissing van de Minister overeenkomstig artikel 15, vierde lid,";

2° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

2° het saldo wordt uitbetaald nadat de opleiding is beëindigd en nadat de naleving van dit besluit is gecontroleerd. Daartoe zendt de onderneming de bewijzen en schuldorderingsverklaring binnen een maand na het einde van het opleiding toe aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling. De eindcontrole door de Dienst voor arbeidsbemiddeling geschiedt binnen één maand na ontvangst van de schuldorderingsverklaring."

Art. 13. De artikelen 18, 20 en 21 van hetzelfde besluit worden opgeheven.

Art. 14. Artikel 22, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 22 - De termijnen gesteld in dit besluit zijn volledige werkdagen. De termijn gaat in op de dag na de handeling. De dag waarop de termijn verstrijkt, wordt in de termijn meegerekend. Als die dag een zaterdag, zondag of feestdag is, valt hij op de eerstvolgende werkdag. Een kalenderweek telt vijf werkdagen."

Art. 15. In hetzelfde besluit wordt een artikel 22.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 22.1 - Aanvragen die vóór 1 oktober 2020 bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling werden ingediend, vallen voor het bedrag van de opleidingssteun onder de toepassing van artikel 6, § 1 en 3, zoals van kracht op 30 september 2020."

Art. 16. Dit besluit treedt in werking op 1 oktober 2020.

Art. 17. De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 17 september 2020

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,

I. WEYKMANS

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C – 2020/31680]

17 SEPTEMBRE 2020. — Arrêté ministériel relatif aux modèles de déclaration et aux modalités techniques intervenant dans le cadre de l'application de la taxe sur les eaux usées industrielles et du contrat de service d'assainissement industriel

La Ministre de l'Environnement, de la Nature, de la Forêt, de la Ruralité et du Bien-être animal,

Vu le décret du 6 mai 1999 relatif à l'établissement, au recouvrement et au contentieux en matière de taxes régionales wallonnes;

Vu le Livre II du Code de l'Environnement, contenant le Code de l'Eau, les articles D.260, § 3, R.325, R.336/3, § 1^{er} et 336/4;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 16 novembre 2000 portant exécution du décret du 6 mai 1999 relatif à l'établissement, au recouvrement et au contentieux en matière de taxes régionales wallonnes, l'article 4, § 5;

Vu le rapport du 19 novembre 2020 établi conformément à l'article 3, 2°, du décret du 11 avril 2014 visant la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales;

Vu l'avis 66.583/4 du Conseil d'Etat, donné le 9 octobre 2019, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973,

Arrête :

Article 1^{er}. Les formulaires de déclaration à compléter chaque année par le redevable conformément aux articles R.325 et R. 336/4 du Code de l'Eau sont repris en annexes 1 et 1bis du présent arrêté.

Les informations spécifiques à compléter par les secteurs des hôpitaux, des piscines et des piscicultures sont fixées en annexe à ces formulaires.

Art. 2. Les facteurs techniques de conversion, dont mention à l'article R.336/3, § 1^{er}, du Code de l'Eau, sont fixés et joints en annexe 2 du présent arrêté.

Art. 3. Le bulletin d'analyse - Rejet d'eaux usées, dont mention à l'article R.336/3, § 1^{er}, du Code de l'Eau, est repris en annexe 3 au présent arrêté.

Art. 4. Le bulletin d'analyse - Eaux entrantes, dont mention à l'article R.336/3, § 1^{er}, du Code de l'Eau, est repris en annexe 4 au présent arrêté.

Art. 5. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2020.

Namur, le 17 septembre 2020.

C. TELLIER